

XI.

Zusammenfassende Note vom 25. Juni an die Interalliierte Kommission.

Telegramm

an die drei Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln.

Ueber sieben Wochen währt der polnische Aufstand, der ungeheure Leiden über die deutsche Bevölkerung gebracht hat. Das Wirtschaftsleben steht vor dem Zusammenbruch, die Zahl der Arbeitslosen und die Not in den Arbeiterfamilien wird täglich größer. Es gibt in unserem Kreis keine Gewalt mehr, die den endgültigen Zusammenbruch abwehren kann. Vergeblich haben wir viele Male in dringender Weise die Hohe Kommission um Schutz und Hilfe angerufen und sie dringendst ersucht, Anordnungen zu treffen, daß die interalliierten Behörden dem Aufstand entgegentreten. Wir stellen fest, daß bis zum heutigen Tage noch keine Maßnahme bemerkbar geworden ist, die geeignet wäre, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen; im Gegenteil müssen wir feststellen, daß das Auftreten der Insurgenten immer anmaßender wird und zur vollständigen Auflösung der Ordnung führen muß.

Die bereits in der Note vom 16. Juni erwähnten Feldgerichte der Insurgenten bestehen weiter und setzen ihr verbrecherisches Treiben durch fortgesetzte Freiheitsberaubungen ungestört fort. Sie machen nicht einmal Halt vor Beamten, denen besonders Schutz von der Interalliierten Kommission versprochen worden ist. Aus vielen Fällen führen wir nur die gestern völlig grundlos erfolgte Verurteilung des Lehrers Kolanoski aus Zaborze an, der mit einem Monat Gefängnis bestraft worden ist, weil er abfällige Aeußerungen über die Insurgenten gemacht haben soll. Ueber das Schicksal des vor einiger Zeit vom gleichen Gericht zum Tode verurteilten Paul Skuballa aus Biskupitz herrscht völlige Unklarheit.

Die freie Meinungsäußerung der Deutschen ist völlig unterdrückt. Heute ist der Redakteur Walter Dreßler vom sozialdemokratischen Blatt „Volkswille“ auf der Fahrt nach Kattowitz verhaftet worden, weil dieses Blatt eine Notiz über unerhörte Mißhandlungen Deutscher durch Insurgenten veröffentlicht hat. Kaum in der sogenannten neutralen Zone in Hindenburg ist es möglich, ungestört die wenigen, trotz Korfantys rechtswidrigem Verbot eingeführten deutschen Zeitungen feilzuhalten oder auch nur zu lesen, da neuerdings sogar hier polnische Spitzel ungestört ihr Unwesen treiben und die Zeitungsverkäufer sowie das Publikum mit Verhaftung bedrohen. Nach wie vor bewegen sich uniformierte Insurgenten völlig ungehindert in der neutralen Zone.

Wenn auch die Zahl der Verhaftungen nicht mehr so groß ist, so müssen wir doch feststellen, daß die Verhafteten noch immer in schwerster Weise mißhandelt und einem unerhörten Gewissenszwang unterworfen werden.

Zwangsaushebungen waren für heute in Bielschowitz und Paulsdorf angesetzt; in Biskupitz sind Zwangsaushebungen bereits vorgenommen worden. Vielfach werden Beamte der Eisenbahn entgegen ihrem ausdrücklichen Willen, zum Dienst für die Aufständischen gezwungen.

Ein Kapitel für sich sind die vielen Erpressungen, denen täglich die Bevölkerung wehrlos ausgesetzt ist und die immer neue Formen annehmen. Nachdem die Insurgenten zum Teil mit Erfolg versucht haben, von hiesigen Gewerbetreibenden die Warenumsatzsteuer zu erpressen, sind gestern erneut verschiedene Korporationen zur polnischen Kommandantur bestellt worden, wo an sie das Verlangen gestellt wurde, sehr große Summen baren Geldes den Insurgenten angeblich als Darlehen

zur Verfügung zu stellen. Soweit uns bekannt geworden ist, sollen bis Sonnabend, den 24. Juni 1921, nachmittags, die Fleischerinnung 250 000 Mk., die Bäckerinnung 125 000 Mk., die Vereinigung der Kaufleute 500 000 Mk. und die der Gastwirte 100 000 Mk. zahlen. Diese Forderung wurde mit der versteckten Drohung begleitet, daß bei Nichtzahlung der geforderten Summen Gefahr bestehe, daß sich die Insurgenten auf eigene Faust schadloß halten werden.

Nachdem schon verschiedene größere Betriebe bald nach Ausbruch des Aufstandes infolge Rohstoffmangels und Fehlens jeglicher Absatzmöglichkeit schließen mußten, besteht Gefahr, daß in wenigen Tagen auch die gesamte Großindustrie des Kreises zum Stillstand gelangt. Verschiedene Hochöfen mußten bereits gelöscht werden; die Röhrengießerei der Donnersmarckhütte war gezwungen, infolge Fehlens von Aufträgen den Betrieb vollständig einzustellen. Die dringend nötigen Wohnungsbauten sind sämtlich zum Stillstand gelangt, wodurch Tausende von Arbeitern brotlos geworden sind. Das für den Kreis lebenswichtigste Borsigwerk wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen gänzlich stillgelegt werden, erstmals, weil Rohstoffe ausgegangen sind und auch keine Aufträge mehr vorliegen, und dann weil in diesem Werke durch die Insurgenten sämtliche höheren Beamten abgesetzt sind, wodurch eine wirtschaftliche Weiterführung des Betriebes unmöglich gemacht ist.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Kreise ist, ergibt die Höhe der allein bei den freien Gewerkschaften fälligen statutarischen Unterstützungen, die eine Gesamtsumme von 7 000 000 Mk. ausmachen. Infolge des Bargeldmangels konnten selbst diese geringen Unterstützungen, die kaum das Existenzminimum ausmachen, gezahlt werden, sodaß sich die Familien der Arbeiter in bitterster Not befinden. Hinzu kommen noch die vielen Arbeitslosen und deren Familienmitglieder, die keiner Gewerkschaft angehören, die auswärts gearbeitet haben, nach den Arbeitsstellen nicht gelangen können oder vertrieben sind. Die Gemeindebehörden haben nichts getan, um diesem großen Elend zu steuern, weil die gesamten öffentlichen Einkünfte im Interesse der Insurgenten verwendet werden. Für dieses namenlose Elend, das täglich größer wird, ist allein die Hohe Kommission verantwortlich, weil sie den Aufstand nicht verhindert und bisher noch nicht unterdrückt hat.

Im Namen der gequälten Bevölkerung des Kreises verlangen wir unverzüglich die sofortige Säuberung des Kreises von Insurgenten und die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände.

Hindenburg, den 25. Juni 1921.

Im Namen der deutschen Bevölkerung des Kreises Hindenburg.

gez. Bandmann.

Brisch.

Zimmer.